

**Presseinformation zu TOP 15: „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein.“**

74/2011

Kiel, 23. Februar 2011

Jannine Menger-Hamilton

Pressesprecherin

**DIE LINKE** Fraktion im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02

Telefax: 0431 / 9 88 16 18

Mobil: 0160 / 90 55 65 09

presse@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

**Antje Jansen: „DIE LINKE fordert kind- und jugendgerechte Betreuung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein.“**

**Kiel.** Eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zeigt deutlich, dass immer mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein kommen. Die mit Abstand größte Gruppe stellen junge Afghanen, aber auch Iraker und Somali kommen nach Schleswig-Holstein, um Schutz zu suchen, oder nach Skandinavien weiterzureisen.

„Die Zahl der jungen Menschen, die ganz alleine auf der Flucht sind, steigt in Schleswig-Holstein seit Jahren an. Während es 2007 noch 51 waren, waren es im Jahr 2009 bereits 383 Mädchen und Jungen. In ganz Schleswig-Holstein werden laut Antwort der Landesregierung lediglich 20 Plätze in Jugendhilfeeinrichtungen bereitgestellt, die speziell für minderjährige Flüchtlinge ausgelegt sind. Dabei ist eindeutig, dass diese Jugendlichen spezifische Bedarfe wie Dolmetscher und Rechtsberatung haben“, sagt Antje Jansen, migrationspolitische Sprecherin der LINKEN.

Die Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen liege bei den Kreisen und kreisfreien Städten, als Träger der Jugendhilfe. Gleichwohl sollten und könnten das Landesjugendamt, das Landesamt für Ausländerangelegenheiten und auch das Ministerium die Verantwortung nach Auffassung der LINKEN nicht einfach von sich weisen. Die große Anfrage und Wortmeldungen der Flüchtlingsverbände und -organisationen zeigten, dass es noch einen erheblichen Regelungsbedarf gebe.

„Es kann nicht sein, dass es einen Unterschied macht, in welchem Kreis die Jugendlichen mit den Behörden erstmals in Kontakt treten. Davon hängt ab, ob sie Jugendhilfeleistungen bekommen und individuelle aufenthaltsrechtliche Beratung, oder ob sie auf sich gestellt in Massenflüchtlingsunter-

künften unterkommen. Die Landesregierung ist hier gefragt, sie muss jetzt konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation vorschlagen.“

Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang stelle die Inhaftnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in der Abschiebungshaftanstalt Rendsburg dar.

„Wir wissen, dass immer wieder unbegleitete Minderjährige in Rendsburg in Abschiebehaft kommen. Das ist vollkommen inakzeptabel und ein echter Skandal. Meine Fraktion hat dazu einen Antrag in den Landtag eingebracht. Minderjährige gehören vom Jugendamt in Obhut genommen, nicht in Abschiebungshaft“, so Jansen weiter.

Die Verwaltung habe mit der Zusammenstellung des Zahlenmaterials einen wertvollen Beitrag zur weiteren Arbeit an diesem Thema geliefert. „Wir danken der Verwaltung dafür, dass sie so sorgfältig gearbeitet hat“, so Jansen abschließend.